



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ortloff, Hermann: Rückblick auf die Schicksale des Königreichs Sachsen im
Jahre 1866

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Rückblick auf die Schicksale des Königreichs Sachsen im Jahre 1866

Von Hermann Ortloff in Weimar

1



n dem für die Auflösung des Deutschen Bundes kritischen Jahre 1866, wo die Souveränität der mächtigern Staaten durch das Emporstreben Preußens als norddeutscher Großmacht aufs äußerste gefährdet war, suchte auch die Regierung des Königreichs Sachsen ihre Souveränität bis aufs äußerste zu schützen. König Johann, der gelehrteste unter den deutschen Fürsten, und Kronprinz Albert, der ein persönlicher Freund des österreichischen Kaisers Franz Joseph war, neigten schon wegen ihrer streng konservativen Gesinnung für die Vorherrschaft Österreichs im Deutschen Bunde und als treue Anhänger der katholischen Kirche mehr zu dem südlich angrenzenden Großstaate als zu dem auf den andern Seiten Sachsen umfassenden Preußen hin, zumal da es ja schon die Provinz Sachsen hatte abgeben müssen. Beide Fürsten hatten sich von der Preußen feindlich gegenüberstehenden Politik des Ministers von Beust zum nächsten Anschluß an die österreichische Politik bestimmen lassen, der nach der Schilderung Heinrich Friedjungs im ersten Bande des Geschichtswerks: „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866,“ Seite 280, in seiner Beweglichkeit ihre Absichten mitunter lauter wiedergab, als sie es wünschten, sich durch Reden und Reden mehr als ein deutscher Minister bemerkbar machte und sich in seinem geschäftigen Treiben mit großem Selbstbewußtsein wohlgefällig hervorzutun bemühte, ja sich sogar getraute, mit dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck in einen Wettstreit zu treten. Nach der Revolution von 1849 hatte Beust erst ein strenges konservatives Regiment eingeführt, lenkte aber dann in etwas liberalere Bahnen ein, betonte selbstgefällig, wie sich die sächsische Freiheit von dem preußischen Druck abhebe, und gefiel sich in dem Bemühen, Bismarck mit einem ehrlichen Haß zu ärgern. Beust war kein ungefährlicher Gegner, er war voll diplomatischer Intriguen und galt an den kleinen deutschen Höfen als eine Art politischen Genies. Seit Jahren stand er mit dem Wiener Kabinett in vertraulicher Verbindung als Ratgeber und Warner in guten und bösen Tagen,

weshalb ihn Fürst Schwarzenberg auch als seinen „besten Leutnant“ in Deutschland bezeichnen durfte, sodaß man ihn schon damals als den kommenden österreichischen Minister ansah.

Beusts Plan war, mit dem bayrischen Minister von der Pfordten ein alle Staaten außer Österreich und Preußen umfassendes „Drittes Deutschland“ zu einem engern Bunde zu vereinigen, und er betrieb deshalb vor dem Kriege Preußens gegen Österreich ein festes militärisches Zusammenwirken mit Bayern, dessen Heer gegen die sächsische Grenze, etwa nach dem Vogtlande, vorgeschoben werden sollte, worauf sich die Sachsen bei dem Einmarsche der Preußen auf ihre süddeutschen Bundesgenossen zurückziehen und so sich eine achtungsgebietende militärische dritte deutsche Gruppe bilden sollten. Aber Minister von der Pfordten widerstand diesen sowie auch den spätern österreichisch-sächsischen Verlockungen unter dem Vorgeben, es müsse Bayern sein Heer zum Schutze seiner Grenzen für sich verwenden, was sich auch später bei dem Vordringen Preußens bis in das Eifenacher Oberland und gegen die Rhön hin als nötig zeigte. So kam es, daß Sachsen dank der Beustschen Politik isoliert und genötigt war, sich gegen Preußens Vordringen an Österreich anzuschließen — aber es geschah das nicht gegen den Willen des Königs Johann und des Kronprinzen Albert, zumal da Beust glaubte, den Kampf, ungeachtet der ihm von Herzog Ernst dem Zweiten von Koburg am 18. April 1866 ausgesprochenen Warnungen, bei der vermeintlichen militärischen Überlegenheit Österreichs mit Zuversicht erwarten zu können.

Preußens Unmut gegen Sachsen wuchs, als Beust am 5. Mai infolge drohender Depeschen Bismarcks den Deutschen Bund um Schutz gegen Preußen anrief. Sachsen bot dem ersten preußischen Ansturm die Stirn; seine Truppen waren mit österreichischen Armeekorps die austro-sächsische Armee unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Albert mit dem General der Kavallerie Grafen Clam-Gallas, gewissermaßen die Avantgarde der Nordarmee für Böhmen, die unter wechselnder Anordnung des österreichischen Oberbefehlshabers Benedek nach seinem „geheimen Plane“ die vordringenden Preußen, ohne sich in einen ernstlichen Kampf einzulassen, zurückhalten sollte, bis das österreichische Hauptheer aus Mähren auf Josephstadt herangezogen wäre. Die sächsische Regierung, von Bayern im Stiche gelassen, hatte den Österreichern zugesagt, im Falle eines feindlichen Angriffs ihre Truppen über Teplitz und Theresienstadt ungefähr in fünfzehn Tagen auf Josephstadt zurückzuführen, mußte aber durch den nach Dresden gesandten österreichischen General Ringelsheim erfahren, daß das österreichische Heer noch nicht ausreichend gerüstet sei, den Sachsen Hilfe zu leisten. Nach dem Plane des obersten Befehlshabers, Benedeks, sollte Graf Clam-Gallas, der ein Armeekorps von zusammen 37000 Mann befehligte, während das Hauptheer der Elbe zustrebte, das sich aber in Mähren erst sammeln mußte, die Sfer als natürliche Verteidigungslinie einhalten, wo bei Gitschin eine Schlacht geplant war, und hinter diesem Flusse wollte er die sächsische, 23000 Mann starke Armee auf ihrem Rückmarsch nach Böhmen aufnehmen, um das übrigens der Oberleitung in Berlin allzu langsam erscheinende Vordringen der Preußen mit der ersten Armee unter dem Prinzen

Friedrich Karl aufzuhalten. Bis aber diese Vereinigung zustande kam, verging eine für den Kronprinzen Albert peinlich unsichre Zeit, während der die Preußen mit der zweiten Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm einen bedeutenden Vorsprung erlangten, aber von einer unerwarteten Seite her, aus der Grafschaft Glatz, nach Böhmen eindrangten, wo die Gefechte bei Trautenau und Nachod usw. stattfanden. Unsicher stand die austro-sächsische Armee von 60 000 Mann, des Kampfes harrend, an der Iser gegen den Prinzen Friedrich Karl mit einer Macht von 140 000 Mann, bis auch ihr die Stunde des unglücklichen Kampfausgangs schlug, der nach der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 und einigen Nachgefechten mit dem Rückzuge nach der Donau endete. Oesterreich nahm die angebotne Vermittlung Frankreichs an, und bei der Gewagtheit noch einer Hauptschlacht um Preßburg herum willigte Preußen am 19. Juli auf dem Schlosse zu Nikolsburg in eine fünfstägige Waffenruhe vom 22. bis 27. Juli, während der die Friedensverhandlungen stattfanden.

Was war nun das Schicksal Sachsens in dem Nikolsburg-Prager Friedensschluß? Darüber bietet die Geschichtschreibung folgendes: Bei den Verhandlungen zu Nikolsburg vom 18. Juli ergaben sich die eigentlichen Schwierigkeiten erst, als Preußen von Oesterreich die Anerkennung seiner Eroberungen in Norddeutschland forderte; denn Kaiser Franz Joseph konnte seine Bundesgenossen nicht preisgeben, namentlich nicht die, die ihm treu zur Seite gestanden hatten, Sachsen und Bayern; der Kaiser wurde von der mit Bayern am 14. Juni getroffenen Vereinbarung, nur mit diesem gemeinsam Frieden zu schließen, dadurch befreit, daß Minister Pfordten sich unmittelbar mit Bismarck zu verständigen versuchte, was ihm anfangs, als ein Waffenstillstand zwischen Preußen und Bayern noch nicht geschlossen war, und Pfordten in Nikolsburg bei Bismarck Gehör erbat, nicht glücken wollte, da er von diesem barsch mit den Worten empfangen wurde: „Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?“ Aber diesem lag viel an einer Trennung der Süddeutschen von Oesterreich, da seine Pläne damals schon auf einen Anschluß jener an den zu errichtenden norddeutschen Bundesstaat gerichtet waren. Pfordten ging auf den Vorschlag einer Lostrennung Bayerns ein, verlangte aber, als Bismarck die Abtretung des Gebiets von Kulmbach beanspruchte, die Herausgabe des Innviertels von Oesterreich an Bayern, womit denn das lockere Band zwischen beiden Bundesgenossen gelöst wurde.

Dagegen stand es weit schwieriger mit Sachsen, dessen Herrscherhaus sich mit Oesterreich auf Leben und Tod verbunden hatte; zum Ruhm muß es dem Kaiser Franz Joseph angerechnet werden, daß er mit aller Zähigkeit die Selbstständigkeit des Königreichs Sachsen zu retten versucht hat aus Anerkennung für die von der Armee des Kronprinzen mit Bundestreue gebrachten Opfer an Blut und an Geld, sowie aus Verehrung für den hochgeachteten König Johann. Preußen forderte in den Friedenspräliminarien die Zustimmung zur Einverleibung des ganzen Königreichs Sachsen, ebenso wie von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, von Oberhessen und dem bayrischen Distrikt Kulmbach. Oesterreich war bereit, alles andre geschehn zu lassen, da sich Napoleon der Dritte, körperlich und geistig erschlafft, nun in der Rolle eines

Friedensstifters dagegen gleichgiltig erwies in der Hoffnung auf einen gelegentlichen Zuwachs zu französischem Gebiete, aber der Kaiser Franz Joseph wollte Sachsen nicht fallen lassen. In den Beratungen mit dem König Johann und Beust hatte er sich zur Aufrechterhaltung der vollen Integrität Sachsens verpflichtet, er wollte dem Könige den Eintritt in den Norddeutschen Bund vermutlich ersparen und ihm den zum Südbund ermöglichen. Mit allem Ernst erklärten die österreichischen Bevollmächtigten, Kaiser Franz Joseph werde lieber nochmals das Schlachtenglück versuchen, ehe er Sachsen preisgebe. Und daß die österreichische bei Preßburg und Wien stehende und durch Eintreffen des Hilfsheers aus Norditalien verstärkte, zum äußersten entschlossene Armee den endlichen Sieg der durch die Cholera und Strapazen erschöpften preussischen Armee sehr in Zweifel stellte, ist auf beiden Seiten anerkannt worden. Da Bismarck die Unüberwindlichkeit des österreichischen Widerstandes erkannte, ermäßigte er seinen Anspruch und verlangte wenigstens die Abtretung der Kreise Leipzig und Baugen an Preußen; aber auch das lehnte Österreich bedingungslos ab und drohte, alle weiteren Verhandlungen abzubrechen.

Damit schloß die erste Sitzung, und die Fortsetzung des Krieges war zu erwarten, weil König Wilhelm mit derselben Entschiedenheit auf der Einverleibung eines Teils von Sachsen bestand. Bemerkenswert war das Verhalten Napoleons infolge der geschickten Diplomatie des preussischen Botschafters von der Goltz in Paris. Mit dem Beginn der Unterhandlung über den Frieden sollte die Vermittlung Frankreichs aufhören. Napoleon erhob gegen die Einverleibung des Leipziger und des Baugener Kreises in Preußen keinen Einspruch, ermunterte sogar zu einer solchen von Oberhessen und eines Teils von Thüringen, sodaß Goltz von solcher Liebenswürdigkeit fast in Verlegenheit versetzt war, da nur Meiningen zu Österreich gehalten hatte und die andern thüringischen Fürsten doch ihrer Länder nicht ohne Grund beraubt werden konnten — alles aus schlauer Berechnung wegen einer eignen Gebietswerbung, in der er sich aber schließlich doch getäuscht sehen mußte.

König Wilhelm, der mit dem Großen Hauptquartier nach den ersten glücklichen Kriegserfolgen am 30. Juni von Berlin nach dem Kriegsschauplatz abgereist war und von da an die Heeresleitung mit Roon und Moltke übernommen hatte, beanspruchte, abweichend von seinem die Aufrichtung eines einigen Deutschlands als größten Gewinn Preußens und der deutschen Nation ins Auge fassenden Minister Bismarck, als Sieger größere Erweiterungen seines Landesgebietes, am meisten von dem Norden des Königreichs Bayern die alten hohenzollernschen Markgrafschaften Ansbach, Bayreuth und Kulmbach, die Stammstzge seines Hauses*); auch auf den nordwestlichen Teil Böhmens, auf das von Deutschen bewohnte Vorland vor dem Erzgebirge, das breite Egertal von Eger und Karlsbad bis Tepliz und bis Reichenberg, lenkte Prinz Friedrich Karl die Aufmerksamkeit des Königs. Dieser fand aber eine Großmut gegen Sachsen und den Plan, dieses aus seiner Niederlage unge-

*) Was aber blieb schließlich als Siegespreis? Der in seiner Rechtsgehalt zweifelhafte Mitbesitz der Burg zu Nürnberg mit der Krone Bayerns! Die komische Schilderung der Verhandlungen hierüber siehe bei Lorenz, „Kaiser Wilhelm usw.“ S. 80.

schmälert hervorgehn zu lassen, jetzt um so weniger angebracht, als er der sächsischen Regierung die größte Schuld an der Erklärung des Bundeskriegs gegen Preußen beimaß. Welche schweren Kämpfe Bismarck diesen von den Generalen unterstützten Ansprüchen gegenüber zu bestehn hatte, hat er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ lebhaft geschildert; ihm schwebte damals schon eine aufrichtige Versöhnung mit Österreich und den süddeutschen Staaten vor, die durch allzu weit gehende Gebietserweiterungen vereitelt werden konnte. Tief erschüttert von der beharrlichen Ablehnung seiner Ermäßigungsveruche entwarf er nach einem am 23. Juli gehaltenen Kriegsrate an demselben Tage eine Denkschrift über die bevorstehenden Gefahren der geplanten Gebietserweiterungen und eines weitem Feldzugs im August angesichts der im Heere stark verbreiteten Cholera, wodurch die gewonnenen Kriegsergebnisse ganz in Frage gestellt werden könnten, und lehnte am Schluß die Verantwortung ab, wenn der schleunige Abschluß des Friedens erschwert werde. Ergreifend schildert Bismarck seine verzweifelte Lage, aus der ihn der Kronprinz von Preußen gerissen hatte durch eine ernste Fürsprache für Bismarcks Vorschläge bei seinem Vater, denen der König mit einer Randbemerkung fast widerwillig zustimmte: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauern Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“ Zum Kronprinzen hatte der König geäußert: „Sprich du im Namen der Zukunft.“

In der zweiten Sitzung der preussischen und der österreichischen Bevollmächtigten am 25. Juli einigten sie sich über die Schonung Sachsens und über die Höhe der Kriegskosten; aber auch hier kam es noch zu einem erregten Auftritt, als Graf Karolvi vorschlug, es solle Sachsen freistehn, sich dem zu erwartenden Südbunde anzuschließen. Darüber aufgebracht fuhr Bismarck von seinem Sitze auf mit lauter Rede: die Verhandlung sei abgebrochen, wenn Österreich auf einer solchen Forderung bestehe; darin sei er unererschütterlich und werde augenblicklich seine Entlassung nehmen, falls der König ihm die Annahme dieser Bedingung befehle. Diese Drohung konnte er so schroff leicht aussprechen in dem Bewußtsein, daß der König in seinen Forderungen härter war als er. Da es sich um größere Dinge als um die Zukunft Sachsens bei der Entscheidung über Krieg und Frieden handelte, trat König Johann von dem Wunsche eines Anschlusses an den Südbund selbst zurück, um so eher, als ein solcher von den in Dresden zurückgebliebenen Ministern, die einen ehrlichen Anschluß an Preußen für ersprießlicher hielten, nicht gebilligt wurde. Kaiser Franz Joseph hatte es seinem Bundesgenossen nämlich überlassen, ob der Kampf wieder aufzunehmen sei, aber für den Fall eines unglücklichen Verlaufs desselben erklärt, Österreich werde dann beim Friedensschlusse nur seine eignen Interessen berücksichtigen*); hierauf erklärte Beust,

*) Daß diese Zwischenbemerkung vom Kaiser gemacht worden sei, erklärt Friedjung a. a. D. II S. 501 Anm. 1 als auf einer Versicherung von berufenswerter Seite beruhend.

sein König könne eine Verantwortung für die Fortsetzung des Kampfes nicht übernehmen, wenn der Kaiser Frieden schließen wolle. Jedoch die später von dem Ministerkollegen Friesen in den „Erinnerungen“ II Seite 225 gegen Beust erhobnen Vorwürfe, daß dieser Sachsens Interessen vernachlässigt habe, hat Beust in den „Erinnerungen zu Erinnerungen“ und in seinen „Denkwürdigkeiten“ zurückgewiesen.

Der endgiltige Friede zwischen Österreich und Preußen wurde am 23. August 1866 zu Prag unterzeichnet und am 30. August ratifiziert; darin war Preußen ein Gebietsgewinn von 1300 Quadratmeilen und ein Personenzuwachs von 3170632 Einwohnern zugesichert. Mit den süddeutschen Staaten wurden besondere Friedensverträge abgeschlossen; die Bedingungen des mit Sachsen am 21. Oktober abgeschlossenen Friedens galten insofern für hart, als es zehn Millionen Taler Kriegskosten zahlen und bis 1867 preußische Truppen im Lande behalten mußte. In dem definitiven Prager Friedensschlusse war es Preußen vollkommen überlassen, das engere Bundesverhältnis Norddeutschlands selbständig zu gestalten; dagegen verpflichtete es sich zur Aufrechterhaltung des bisherigen Territorialbestandes Sachsens und die Stellung dieses Königreichs innerhalb des Norddeutschen Bundes „durch einen mit Sr. Majestät dem König von Sachsen abzuschließenden Friedensvertrag zu regeln.“

Nachdem durch die Botschaft des Königs von Preußen vom 17. August an die hohen Häuser des Landtags die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt vollzogen war und durch Zirkulardepeche vom 4. August alle übrigen norddeutschen Staaten zum Eintritt in den neuen Bund aufgefordert worden waren, begannen am 20. August die Friedensverhandlungen zwischen Bismarck und den sächsischen Bevollmächtigten Herrn von Friesen und Grafen Hohenthal, denen Bismarck die anfangs in Aussicht gestellten härtesten Bedingungen schließlich in den Hauptpunkten über die souveräne Stellung des sächsischen Königtums nach außen und die militärischen Beziehungen ermäßigte. Alle Versuche, durch Vermittlung auswärtiger Mächte, insbesondere Frankreichs, Sachsen eine günstigere Stellung zu gewinnen, wies Bismarck scharf zurück. Mochte in dem Prager Frieden die sächsische Dynastie in der Gewährleistung des territorialen Bestandes Sachsens nicht mit eingeschlossen sein, so wurde doch schließlich der ehrlichen und ritterlichen Versicherung des Königs Johann, daß sich ihm Sachsen nach Aufnahme in den neuen Bund rückhaltlos fügen wolle, volles Vertrauen beigemessen. An eine baldige Räumung Sachsens war noch nicht zu denken, da das sächsische Heer in voller Kriegsstärke und Bewaffnung noch auf österreichischem Boden stand, und besonders Napoleons Neigung, die von ihm beanspruchte Kompensation durch einen etwaigen Krieg zu erlangen, bekannt war. Vor allem wurde ein Waffenstillstand mit den sächsischen Friedensbevollmächtigten verabredet, um für den Fall eines von Frankreich zu erwartenden Angriffs oder eines solchen gegen jenes aus Notwendigkeit eine Rückendeckung zu haben; denn Beust hatte sich immer noch der Hoffnung hingeeben, daß es zum Kriege kommen werde, von dem er die Ausführung seiner Pläne erwarten könne. Obwohl die Entlassung Beusts vom König angenommen worden war, glaubte Bismarck ein

fortdauerndes Spiel des langjährigen, unruhigen Gegners Preußens auch im feindlichen Lager erwarten zu müssen. Ottokar Lorenz in Siena schreibt in seinem Geschichtswerk: „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866 bis 1871,“ Seite 99: „Für die Gestaltung der künftigen Bundesverfassung und Reichseinheit blieben indessen alle Versuche fremder Einwirkung vergeblich, und bevor noch die Grundzüge derselben in Preußen selbst festgestellt waren, hatte Bismarck die Grenzen der sächsischen Souveränität so fest und klar, insbesondere in betreff der militärischen und internationalen Verhältnisse, gezogen, daß sich die persönlichen und staatlichen Bundesverhältnisse zwischen Sachsen und Preußen ohne irgend welchen Gegensatz in günstiger Weise gestalten ließen. Und es hatte der ehrliche und rückhaltlose Anschluß Sachsens, der insbesondere dem König Johann als ein in der Geschichtsschreibung viel zu wenig anerkanntes Verdienst persönlich zuzuschreiben sein wird, darin einen außerordentlichen Wert vor Europa, weil die besonders in Süddeutschland verbreitete Behauptung, eine Unterordnung der Königreiche unter das preussische Bundespräsidium werde niemals zu einem wohlgeordneten Staatsverhältnis führen, klar widerlegt worden war.“ Der Friedensvertrag mit Sachsen wurde am 21. Oktober unterzeichnet, und danach umfaßte der neue Deutsche Bund zweiundzwanzig Staaten, die am 21. November 1866 zu einer Konferenz, auf der die Verfassung des Norddeutschen Bundes beraten und festgestellt werden sollte, berufen wurden; die Konferenz wurde von den verbündeten Regierungen am 15. Dezember in Berlin begonnen.

2

Eine besondere Berücksichtigung in den Nikolsburg-Prager Friedensverhandlungen verdiente Sachsens Schicksal einerseits wegen seiner isolierten Lage, nachdem Bayern und Österreich Sachsen sozusagen gegen Preußens Großmachtspläne im Stiche gelassen hatte, Sachsen sich sonach zur Rettung seiner Dynastie an den größten Staat des alten Bundes hingedrängt sah, andererseits deshalb, weil seine Armee, deren Disziplin während des kurzen, aber die höchsten Anforderungen stellenden Kampfes allseitig gerühmt wurde, trotz der anerkannten Befähigung ihres Befehlshabers, des Kronprinzen Albert, unter der schwankenden, überhaupt unsichern österreichischen Oberleitung und der Schlaperei der österreichischen Verwaltung zu leiden hatte und somit in den Strudel der Kriegswogen hineingerissen wurde. Vielfach wurde die Ursache der Niederlage in der Überlegenheit der preussischen Infanterie gesucht, nicht bloß in deren Führung, sondern vorzugsweise in der Bewaffnung mit dem neuen Dreyseschen Hinterlader, dem Zündnadelgewehr, womit die österreichische Stoßtaktik gelähmt worden sei; aber in der Artillerie und der Kavallerie wurde Österreich ein Übergewicht zuerkannt, dessen Stärke freilich unter den Massenerfolgen des Schnellfeuers der Infanterie stark vermindert wurde. Der Verwirrung in der österreichischen Heeresleitung wird hauptsächlich die Niederlage zugeschoben, und darunter hatte die österreichisch-sächsische Nordarmee gleich von Anfang des Zusammentreffens mit der ersten preussischen Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl bei Münchengrätz und Gitschin zu leiden;

in ihrem Plan lag es, die Iserarmee zu umfassen und gefangen zu nehmen, eine Taktik, die später 1870 von Preußen angewandt wurde.

Die durch Objektivität und Quellenzuverlässigkeit gleich ausgezeichnete Darstellung des bei Gelegenheit des Heidelberger Jubiläums zum Ehrendoktor ernannten Heinrich Friedjung in Wien (Ausf. 5, Bd. II) erzählt davon viel. Gegenüber dem Vordringen des Prinzen Friedrich Karl im Nordwesten Böhmens sei dem Kronprinzen Albert und dem Grafen Clam-Gallas nichts wichtiger gewesen, als klar zu wissen, was man in Benedeks Hauptquartier von ihnen erwarte. Da aber sei verhängnisvoll das Schwanken dazwischen getreten, dessen sich die österreichische Heeresleitung schuldig gemacht habe; bald schien sie vor Begierde zu brennen, den Kampf an die Ufer der Iser zu tragen, dann wieder sammelte sie Heeresmassen gegen die Armee des Kronprinzen von Preußen, der im Nordosten Böhmens vordrang, ohne jedoch von ihnen Gebrauch zu machen. „Dieser Übelstand allein hätte noch nicht das kommende Unheil herbeigeführt, wenn sich nicht verhängnisvoll die Nachlässigkeit in der Bestellung der Befehle aus dem Hauptquartiere gerächt hätte. Die Österreicher führten Krieg im eignen Lande, zwischen Benedek und dem Kronprinzen von Sachsen konnte also unaufhörlich der Telegraph spielen, der dem Korps an der Iser auftrag, Halt zu machen oder sich zurückzuziehen. Wenn die österreichische Heeresleitung in Josephstadt noch so oft schwankte, so hatte sie es immer in der Hand, von allem, was sie bewegte, die Unterbefehlshaber rasch zu verständigen. Aber ihre Befehle kamen, wie zum Teil schon dargestellt worden ist, fast niemals in die Hand des sächsischen Kronprinzen.“

Anfangs lag es im Plane Benedeks, dem Vordringen des Heeres des Prinzen Friedrich Karl nach Vereinigung der Hauptarmee mit der Nordarmee an der Iser durch eine Schlacht bei Gitschin entgegenzutreten. Als der Kronprinz von Sachsen nach dem unglücklichen Gefecht bei Podol erwog, ob er die Iserlinie noch länger gegen die Preußen halten solle, war für ihn maßgebend, ob die Hauptarmee in den allernächsten Tagen zur Vereinigung mit seinem Heere heranrücken werde. Um Mitternacht zum 27. Juni langte ein Telegramm Benedeks des Sinnes an, der Armeekommandant könne nicht hoffen, rechtzeitig an der Iser einzutreffen, er überlasse es deshalb dem Kronprinzen, über sein längeres Verweilen dort zu entscheiden. Nach dieser Botschaft war an eine Offensive nicht mehr zu denken, und da die Meldung von dem Überschreiten der böhmischen Grenze durch den preussischen Kronprinzen dem sächsischen mitgeteilt war, erschien es diesem ehrenvoll, wenn es dort zum Kampfe kam, den Prinzen Friedrich Karl aufzuhalten, wenn auch dieser sich zwischen seine und die Hauptarmee schieben und dadurch von dem Rückzug auf Josephstadt abgeschnitten werden konnte. Er erwartete am 27. Juni einen preussischen Angriff, aber dieser erfolgte nicht, was die Kritik vielfach getadelt hat. Erst am Abend war die preussische Armee an der Iser konzentriert, etwa 100000 Mann stark, während das Heer der verbündeten Austrosachsen bei Münchengrätz lag. Am 28. Juni kam es, da es die Leitung der ersten preussischen Armee auf einen leichten Sieg und ein Abfangen der Austrosachsen

abgesehen hatte, Vormittags zu einem Treffen bei Münchengrätz, das zu dem Rückzug der verbündeten Truppen führte, ohne daß Prinz Friedrich Karl die Oesterreicher zu einer Schlacht zwingen und die Iserlinie ganz gewinnen konnte. Bis Gitschin hatten der Kronprinz von Sachsen und Graf Clam-Gallas das vereinte Heer mit leidlichem Glück, etwa mit einem Verlust von 2000 bis 3000 Mann, zurückgeführt, und wieder war es die Hauptsache zu wissen, ob das Hauptquartier vor dieser Armee standhalten oder den Rückzug erwarte. „Während nämlich die Befehlshaber in Gitschin mit brennender Ungeduld auf Befehle aus Josephstadt warteten, lagen diese, wiewohl von Benedek unterschrieben, unausgefertigt in der Operationskanzlei. Was jetzt eintrat, das war die geschichtliche Sühne für die Oesterreich zu allen Zeiten verderbliche Saumseligkeit — für das, was der Oesterreicher halb verdammend, halb entschuldigend »Schlamperei« nennt. Wo solche Zustände herrschten, da hätte auch ein besserer Führer als Clam-Gallas erliegen müssen, da wurde auch ein so hervorragender General wie der Kronprinz von Sachsen in die Niederlage hineingerissen.“

Bei seinem Rückzuge nach Gitschin am Mittag des 28. Junis mußte sich Kronprinz Albert nach der am 27. Abends an ihn gelangten Depesche Benedeks: „Armeehauptquartier am 29. nach Miletin, am 30. Gitschin“ sagen, daß er bis zum Eintreffen des Oberfeldherrn in Gitschin diesen so wichtigen strategischen Punkt zu halten habe. Davon, daß am 28. Juni die Oesterreicher von der zweiten preussischen Armee schwere Niederlagen erlitten und infolge davon Benedek den Marsch nach der Iser aufgegeben hatte, wußte der Kronprinz am Vormittag des 29. noch nichts und telegraphierte in Ungeduld an Benedek nach Josephstadt um zwölf Uhr Mittags um weitere Befehle, aber ohne Antwort zu erhalten. Benedek hatte am 29. früh alle Befehle zum Vormarsch gegen Gitschin zurückgenommen, die Korps auf die Hochfläche marschieren lassen und in Dubenez das Hauptquartier aufgeschlagen. Erst Nachmittags zwei Uhr am 29. Juni erscheint ein Kurier aus dem Hauptquartier — und der umfangreiche Befehl an den Kronprinzen trägt das Datum des — 27. Juni, worüber die Frage entstand, ob der Kurier für eine Strecke ebenen Weges von fünf bis sechs Meilen zwei Tage gebraucht habe? Der umfangreiche Generalbefehl war am 28. Juni Abends sechs Uhr erlassen und kündigte den Anmarsch von vier Infanteriekorps und drei Reiterdivisionen gegen die Iser und Gitschin an; vermutlich war er am 27. Juni entworfen und erst am folgenden Tage abgesandt worden, aber neunzehn Stunden waren seit der Ausfertigung vergangen, während ein Reiter von Josephstadt nach Gitschin den Weg in drei Stunden zurücklegen kann. Eine solche Nachlässigkeit hätte die schwerste Strafe verdient. Aber bei dem Eintreffen des Befehls am 29. Juni war er ja nicht mehr giltig, sondern das Umgekehrte war jetzt im Hauptquartier beschlossen: die beabsichtigte Offensive sollte einer bedächtigen Verteidigung weichen. Früh 7³/₄ Uhr war alles zurückgenommen, und auf den Marsch nach Gitschin hatte man verzichtet. Dazu kam noch, daß der zur Meldung an den Kronprinzen abgesandte Major Graf Sternberg, der den Kronprinzen zum Rückzug auf die Haupt-

armee veranlassen sollte, übermäßig mit der Ausführung seines Auftrags säumte, indem er, anstatt dem auf dem Schlosse Milicowes erwarteten Kronprinzen entgegenzureiten, ihn hier ruhig erwartete bis zum Abend. Der Kronprinz und Graf Clam-Gallas glaubten Mittags, sie seien genötigt, weil hier die Hauptarmee eine Schlacht dem Prinzen Friedrich Karl zu liefern beabsichtigte, Gitschin zu halten; das Mißgeschick wollte, daß das Telegramm nach Josephstadt abging, während das Hauptquartier nach dem mit einem Telegraphen nicht versehenen Dubenez verlegt und ein Feldtelegraph von da noch nicht errichtet war. Eine Antwort auf seine telegraphische Anfrage hat der Kronprinz nicht erhalten, denn als sie ankam, war die Schlacht von Gitschin am Nachmittage des 29. Juni schon für die Verbündeten verloren, und die Preußen konnten am Telegraphenapparat die vergeblich erwartete Antwort Benedeks ablesen, als die verbündeten Truppen Gitschin geräumt hatten. Für die Erkenntnis der tiefen Ursachen der österreichischen Niederlagen war es von der Geschichtschreibung wohl angebracht, solche Ereignisse zu kennzeichnen.

In den ersten Nachmittagsstunden verriet noch nichts den Anmarsch der Preußen gegen die günstige Stellung der Verbündeten, die für den unausbleiblichen Kampf von ihnen gewählt worden war. Der Kronprinz stattete seinem in der Nähe von Gitschin angelangten Vater, König Johann, einen Besuch ab; währenddes erhielt Graf Clam-Gallas um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr die Meldung von der Annäherung vorgeschobener preußischer Reiterabteilungen und hielt sich, auf Grund der Abrede, die erste feindliche Armee bis zum Anmarsch der österreichischen aufhalten zu sollen, für stark genug, den Kampf aufzunehmen, ohne daß man sich überhaupt überzeugt hatte, ob das nahestehende dritte Korps, das nächste der österreichischen Hauptarmee, im Anmarsch sei. Hätte eine Verbindung mit dem dieses nur drei Meilen entfernt stehende Korps befehligen Erzherzog Ernst bestanden, so konnte von ihm, da er Vormittags im Besitze der um 7 $\frac{3}{4}$ früh getroffenen Marschänderung und der Aufgabe der Offensive an der Fier war, eine Mitteilung davon an Graf Clam-Gallas, der standhalten wollte, erfolgen. Schon gleich nach dem Verluste der noch am späten Nachmittage geschlagenen Schlacht bei Gitschin lehnte der Kronprinz in seinem an Benedek gesandten Bericht die Verantwortung für das Verhalten seines Mitbefehlshabers ab; später aber in dem offiziellen sächsischen Werke über diesen Feldzug hat er sich mit dem österreichischen General für solidarisch erklärt, weil am Vormittage des 29. Junis tatsächlich die Aufnahme des Kampfes zwischen beiden beschlossen worden sei.

Ein Teilgefecht bei dem Dorfe Unter-Luchow hatte den General Ringelheim schon schwere Opfer gekostet; doch das Hauptgefecht fand zu gleicher Zeit nördlich von Gitschin statt. Hier focht die preußische fünfte Division in einer Stärke von 13000 Mann gegen eine Überzahl, die jedoch nicht gleich und niemals mit voller Kraft zur Entfaltung kam; als das Gefecht seinen Höhepunkt erreichte und sich die Preußen zum Sturm anschickten — da plötzlich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends sprengte Graf Sternberg, der auf Schloß Milicowes den Kronprinzen Albert erwartet hatte, von dem Kanonendonner veranlaßt,

heran nach dem Schlachtfeld und überbrachte den Befehl Benedeks, unter Vermeidung jedes Gefechts vor allem die Vereinigung mit der Hauptarmee im Auge zu behalten. Das war die verspätet eingetroffene Antwort auf des Kronprinzen Anfrage an Benedek, ob die österreichische Hauptarmee bei Gitschin einzutreffen gedenke. Die beiden Heerführer sahen sich genötigt, das für sie günstig verlaufene Gefecht abzubrechen und den Rückzug zu befehlen, der mit den Rückzugsgefechten zu einer Niederlage der Verbündeten führte. Das war das erste Mißgeschick der Sachsen.



Der oberösterreichische Bauernaufstand

(Schluß)



Im März 1621 wurde den Oberösterreichern durch ein kaiserliches Patent bekannt gemacht, daß das Land pfandweise dem Herzog von Bayern überlassen sei. Von diesem hatten die Bewohner noch weniger zu erwarten als vom Kaiser, der doch wenigstens ihr Landesherr war; erbitterte Gegner ihres Glaubens waren beide. Vom Kaiser und vom Herzog wurde als Statthalter Freiherr Adam von Herbersdorf eingesetzt, der in der Zeitgeschichte das Los aller Männer geteilt hat, die in aufgeregten Zeitläuften, namentlich aber in Religionskriegen, eine hervorragende Rolle gespielt haben und von der einen Partei hoch erhoben, von der andern tief verlästert zu werden pflegen. So sagt sein über zwei Meter hoher Grabstein aus rotem Marmor in der Kirche zu Altmünster, auf dem er lebensgroß in voller Rüstung dargestellt ist, von ihm, er sei „eine große Seyle und Beschützer der heil. Kathol. Kirche gewesen,“ während die von ihm unterdrückten Protestanten behaupteten, der Teufel in eigener Person habe ihn geholt, als er am 11. September 1629, bei dem Herzog Maximilian wegen seiner Geldforderungen in Ungnade gefallen, auf seinem Schlosse Drth plötzlich an der Schwindsucht gestorben war. Von Person rauh, hart und unbeugsam, teilte er durchaus die Anschauung des Kaisers und des Herzogs Maximilian, daß Oberösterreich als erobertes Land zu betrachten sei, und daß man sich um die Rechte der rebellischen Stände nicht zu kümmern brauche. Das rief wohl bei diesen die größte Erbitterung hervor, die sich aber nicht auf die Bauern übertrug, da diese nach den Vorgängen von 1600 für ihre Grundherren keine Anhänglichkeit mehr hatten. Herbersdorf bemühte sich auch anfangs, den Bürgern und den Bauern die Lasten zu erleichtern und sie durch Milde zu gewinnen.

Der Krieg in Deutschland zog Herbersdorf zunächst zum Heer der Liga, wo er den Rang eines Generalwachtmeisters bekleidete und sogar im Winter 1622/23 in Vertretung Tillys den Oberbefehl führte. Währenddem nahmen die Prozesse gegen die rebellischen Stände und die Güterkonfiskationen ihren Fortgang. Herbersdorf kehrte im Herbst 1623 zurück und benutzte die Gelegenheit, Herrschaften und Güter in Oberösterreich, Böhmen und Steiermark für